

Wirtschaftliche



Zeitung

15 Pfennig

Gegegründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Börse...

Wöchentlich 1. Mark (zuzu 75 Pfennig Bestelgeld) kein Anspruch auf Rückzahlung...

durch unsere Boten Durch die Post monatlich 4.80 Mark...

Verlag Ullstein Chreditorat: Georg Bernhard Berlin... Druckerei: Ullsteinhaus, Berlin...

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Köpferstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Am Dönhof 8/906-9068...

Rückkehr Strefemanns.

Das heutige Programm.

Für die Lösung der Kabinettsfrage dürfte der heutige Mittwoch von entscheidender Bedeutung werden. Wenn auch noch nicht damit zu rechnen ist, daß die Krise zu einem raschen Abschlusse kommt...

tion des Zentrums gestellt wird, werden die nächsten Stunden ergehen. Dem Zentrumserwartungen sind gestern die Fraktionsführungen der deutschnationalen und der demokratischen Reichstagsabgeordneten vorausgegangen...

Regierung und Wirtschaft.

Dr. Wilhelm Stiefmann, Reichsfinanzminister.

Die erste Etappe der deutsch-französischen Handelsverträge verhandlungen ist vorüber. Die Verhandlungen sind sich zur Berichterstattung nach Berlin begeben. Über damit ist nur ein Teil der Vorgänge bekannt...

Der weitere Verlauf der Verhandlungen wird wesentlich von dem Ergebnis der Sitzung abhängen, zu der die Reichstagsfraktionen des Zentrums heute morgen um 11 Uhr zusammenkamen. Ohne die Entscheidung des Zentrums mit Sicherheit zu versagen zu können, verdient doch besondere Beachtung...

Die von der Regierung bestellten Unterhändler - außer Herrn Winkler, dem Reichsgraf Dergis, sind es Abgeordnete Graf Oskar von Helldorf, Graf von Helldorf - hatten dem auch gefahren schon Gelegenheit, sich zu äußern. Nachdem der Abgeordnete Schiele hatte am nachmittag der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Winkler eine Besprechung mit dem Reichspräsidenten, in der, wie es in dem amtlichen Bericht darüber heißt, eine der Vortragsbesprechungen mit Dr. Winkler noch offengebliebenen Frage "erörtert wurde.

Das große Publikum in Deutschland und Frankreich hat, was durchwegs verständlich ist, wohl durchweg den Eindruck, es handle sich bei den deutsch-französischen Verhandlungen über einen Handelsvertrag hauptsächlich um amtliche Vertuschung der handelsrechtlichen Verhältnisse. Vertreter der verschiedenen Wirtschaftskreise als Sachverständige zu Wort kommen. Die rein amtlichen Verhandlungen, die am 1. Oktober begonnen haben und dann am 3. November, nach einer dreiwöchigen Unterbrechung in Berlin...

Der Beschluß der Demokraten.

Am Schluß der gemeinsamen Sitzung der demokratischen Reichstagsfraktion und des Fortschrittverbandes wurde folgende Entscheidung gefaßt: Der Wahlsieger muß bestehen, daß die große Mehrheit der deutschen Wähler die Fortführung der bisherigen Außenpolitik und eine energische republikanische Innenpolitik wünscht. Dem entspricht die Wiederherstellung der Großen Koalition, die eine große parlamentarische Mehrheit hinter sich hat und laufende Hilfe, die außen- und innenpolitischen Aufgaben der Zukunft zu lösen. Eine Radikalisierung entspricht nicht dem Willen der Mehrheit der Wähler und entspricht noch weniger den außenpolitischen Interessen des Reiches.

Über ein großes Aber! - die wichtigsten Sachverhalte haben sich nicht mit der Rolle begnügt, hat wichtigsten Delegierten beider auf Seite zu setzen. Diese wichtigsten Sachverhalte, nämlich die Vertreter der eigentlichen Sachverständigen der Schwereindustrie, der deutschen wie der französischen, haben die Delegierten bereits, zumindest einmal hinter geschlossenen Türen ihre Privatinteressen durchzusetzen. Während alle anderen Sachverständigen in enger Verbindung mit den amtlichen Delegierten am offiziellen Teil der Verhandlungen, im hiesigen Sonderministerium, ihre Besprechungen abhielten, traten die Sachverständigen der Schwerindustrie fast fern von den amtlichen Delegierten im Saal des Comité des Forges, des französischen Gewerkschaftsvereins, wo nicht nur hinter geschlossenen Türen, sondern hinter vollständig ausgepostierten Türen verhandelt werden konnten.

Landtag am 5. Januar.

Der "Amtliche Preussische Pressedienst" teilt mit: Das Preussische Staatsministerium nahm in seiner Sitzung am Dienstag Stellung zu der Frage, an welchem Termin der neue Preussische Landtag zusammenzutreten soll. Nach der Bevölkerung würde der Landtag frühestens am 30. Tage nach Beginn der Wahlperiode zusammenzutreten haben, und es würde möglich sein, die erste Sitzung frühestens am 6. Januar stattfinden zu lassen. Da jedoch im alten Jahr ein Parlamentsanstand wegen der Feiertage und aus parlamentarisch-technischen Gründen nicht mehr zu denken ist, andererseits aber der 6. Januar, der von parlamentarischer Seite in Aussicht genommen war, ein fastholischer Feiertag ist, beschloß das Staatsministerium von seinem verfassungsmäßigen Rechte der früheren Einberufung des Landtags als zum 30. Tage nach Beginn der Wahlperiode Gebrauch zu machen und die erste Sitzung auf Montag, den 6. Januar anzusetzen.

Bedorff noch lange in besser Gesundheit sein ganzes Können und seine reiche Erfahrung in den Dienst der Gesamtheit und vorenehmlich des Preussischen Volkes stille stellen können.

Die Landwirtschafts-Kredite der Rentenbank.

Das Preussische Staatsministerium nahm in seiner Dienstagssitzung, die der "Amtliche Preussische Pressedienst" berichtet, von dem Beschluß des Reichsministeriums in der Frage der landwirtschaftlichen Kredite der Rentenbank, resp. der Umkehrung einer Rentenbanktransaktion Kenntnis. Das Staatsministerium war dabei der Ansicht, daß dieser Beschluß im wesentlichen dem preussischen Standpunkte Rechnung trage, wie es von der Preussischen Regierung im Reichstagsantrage häufig bei den Verhandlungen über die Gründung einer Rentenbanktransaktion vertreten worden ist, und daß man sich deshalb mit ihm einig setzen und gegen einvernehmlich erklären könne.

Zu Beginn der Sitzung des Preussischen Staatsministeriums sprach Ministerpräsident Braum dem Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf die Glückwünsche des Staatsministeriums zu seinem 60. Geburtstag aus. Er wies darauf hin, daß Dr. Wendorf auf eine langjährige Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit zurückzuführen ist. In den drei Jahren seiner Amtszeit hat das Staatsministerium besonders wertvoll gearbeitet. In diesem Gremium und als Chef des Landwirtschaftsministeriums habe Dr. Wendorf für den Preussischen Staat und das Volk wertvolle Arbeiten geleistet. Der Ministerpräsident dankte ihm und dem Staatsministeriums Wunsch Ausdruck, daß Staatsminister

Entschuldigend über Hitler.

Admiralstab der Reichsmarine. In der Angelegenheit der Freilassung Hitlers ist, nach der Sonderlichen Vollstreckungsanordnung, die Unterzeichnung des Reichstagsbeschlusses in Bezug auf die Freilassung, jedoch seit dem Verlassen des Obersten Bundesgerichts neuerdings festgestellt worden ist, daß die Entscheidung über die Freilassung der Staatsanwaltschaft gegen die Freilassung Hitlers zu treffen.

Was wurde bei diesen freigenommenen Besprechungen festgestellt? Die amtlichen Delegierten sind nach ihrer eigenen Meinung nicht davon unterrichtet worden, was der Beschluß die Unterhaltung ihrer Sachverständigen für die entscheidenden Sachverhalte mit dem französischen Sachverständigen "genommen hat. Man weiß nur, daß die deutsche Sachverständigen - ohne Information der amtlichen Delegation, wie normal bei uns ist - von Paris nach Deutschland zurückgekehrt sind, und zwar in einem Briefwechsel mit dem Reichspräsidenten, der Sachverständigen zu nehmen. Man hat dann auch noch erfahren, daß Deutsche und Franzosen es für notwendig hielten, die einseitigen deutschen Sachverständigen Englands, Belgien, Italiens, Österreichs, Polens und der Schweiz anrufen um ihren Besprechungen zu unterziehen und sie für die Beteiligung einzuladen. Wie sind, wie man sieht, weit fort von dem deutsch-französischen Handelsvertrag. Wirtschaftliche Gemüter können aus dem Beschluß, das zu etwas wie ein europäischer Wirtschaftskreislauf zu schaffen ist, ohne diese Sachverständigen in der Frage anzurufen, ob die Reichsregierung diese Sachverständigen für einseitigere Sachverständigen zu solchen Zweck nach Paris geschickt hat.

Die reichsdeutschen Vertreter der deutschen Presse in Paris - die der Schwerindustrie in der namhafte Agenturen und Zeitungen und in Frankreich selbständige Agenturen - haben sich durch Reichsdeputierte vertreten - haben es für ihre Pflicht gehalten, an berufener Stelle Mitteilung darüber einzubringen, wie die amtlichen Delegierten der Deutschen die Sachverständigen der Sachverständigen von der Sachverständigen denken. Die Sachverständigen sind sehr interessiert und verdient gerade im Augenblick der Bildung des neuen Reichsministeriums große Beachtung. Es lautet etwa:

Die amtliche Delegation ist über die "privaten" Verhandlungen zwischen den deutschen und französischen Sachverständigen nicht unterrichtet und daher außerordentlich, insbesondere Angaben darüber zu machen. Grundsätzlich wäre es sehr zu begrüßen, wenn diese "privaten" Sachverständigen in der Frage der Sachverständigen Sachverständigen fähigen, damit dadurch die Sachverständigen Konflikte wie die Sachverständigen ist nicht unterbreiten. Die Gefahr, daß unter den interessierten europäischen Sachverständigen eine Vertrauenskrise ausbricht, besteht allerdings, ist aber nicht ohne Gefahr der Staat hat Macht, Mittel genug, um derartige Folgen zu verhindern. Es ist Sache der Reichsregierung, diese Macht